

Vorwort der Herausgeber

Die Macht eines jeden Staates gründet auf zwei Säulen: Gewalt und Eigentum. Beide Machtquellen unterfangen die Souveränität des Staates, seinen höchsten, unabgeleiteten Herrschaftsanspruch. Während Verfassung und Gesetze das staatliche Gewaltmonopol näher ausformen, begrenzen und rechtfertigen, findet das Staatseigentum rechtlich wie politisch nur geringe Beachtung. Dabei klingt seine potentielle staatsrechtliche Bedeutsamkeit und politische Brisanz schon in den beiden Bedeutungsebenen des gleichsinnigen Begriffs „Staatsvermögens“ an: „Vermögen“ verweist nicht lediglich auf die rechtliche Zuordnung von wirtschaftlichen Gütern zu einem Rechtsträger – dem „Haben“ –, sondern ihm eignet eine machtsvermittelnde und -stützende Funktion – dem „Können“ eben jenes Rechtsträgers. Dieser Aspekt der stillen, unmerklichen Einflussnahme des Staats durch gezielten Einsatz seines Vermögens gewinnt im modernen Wohlfahrtsstaat immer mehr an Bedeutung gegenüber dem einseitigen hoheitlichen, gewaltbewehrten Handeln: die rechtsstaatlichen Sicherungen gegenüber dem staatlichen Gewaltmonopol greifen nicht gegenüber finanziellen Subventionen, Anreizen und Förderungen durch den Staat. Das „Recht des Staatseigentums“ ist daher in einer sich als freiheitlich verstehenden Gesellschaftsordnung stete Herausforderung der staatsrechtlichen Dogmatik, notwendiges Thema der öffentlichen Debatte sowie zwingend Gegenstand öffentlicher Transparenz in der Vielfalt, den Erscheinungsformen und der Größenordnung des Staatseigentums.

Vermögen in der Hand des Staates kann nicht ohne den funktionalen, gemeinwohlorientierten Aspekt, d.h. den Bezug zur Erfüllung der dem Staat obliegenden Aufgaben, gesehen werden. Staatseigentum bildet eine wesentliche Voraussetzung der Existenz des Staates und der Erfüllung seiner Aufgaben. Alle legitimen Staatsaufgaben bedürfen unabdingbar einer entsprechenden Sach- und Finanzausstattung. Andererseits ist die Akkumulation von Vermögenswerten als bloße Reichtumsmehrung mit einem freiheitlich-demokratischen Staatsverständnis schlechthin unvereinbar. In dieser Spannungslage zeigt sich die elementare Notwendigkeit ebenso wie die politische Brisanz des Staatseigentums. Ungeachtet dessen führt das Thema im staatsrechtlichen wie im politischen Diskurs ein erstaunliches Nischendasein. Nicht einmal der Begriff „Staatseigentum“ ist gebräuchlich. Und der Begriff des

gleichsinnigen „Staatsvermögens“ findet sich im Grundgesetz nur an versteckter Stelle. In diesem Befund kommt das Desiderat einer verfassungsrechtlichen Dogmatik des Staatsvermögens zum Ausdruck, das seit langem beklagt wird, aber dem bis heute nicht umfassend abgeholfen wurde. Vor diesem Hintergrund einen Beitrag zur wissenschaftlichen Kondensierung des Themas zu leisten, insbesondere die verschiedenen Bereiche, Formen und Funktionen des Staatseigentums einschließlich der Frage nach ihrer verfassungsrechtlichen Legitimation zusammenzuführen, war denn auch das vordringliche Anliegen des mit diesem Band abgeschlossenen Projektes „Staatseigentum“.

Die Herausgeber haben zahlreichen Dank auszusprechen. Ohne die stete Unterstützung des Bundesministeriums der Finanzen sowie der Deutschen Stiftung Eigentum hätte das Projekt nicht in Angriff genommen, ohne das selbstlose Engagement der Autoren nicht vollendet werden können. Ihnen allen sowie den vielen helfenden Händen in Berlin und Köln, insbesondere Frau Dr. Judith Froese (Universität zu Köln) und Herrn Dr. Andreas Kerst (BMF) sei an dieser Stelle herzlichst gedankt. Es ist die Hoffnung der Herausgeber, dass dieser Versuch einer umfassenden systematischen Sichtung und dogmatischen Erschließung des Problembereichs „Staatseigentum“ weitere Untersuchungen anstoßen möge, um der Politik pragmatische Parameter bereitzustellen, in einem sich als freiheitlich verstehenden Gemeinwesen den rechten Weg zwischen den Notwendigkeiten effektiver Politikgestaltung durch Geld und der verfassungsrechtlich gebotenen Rechtfertigungsbedürftigkeit und Begrenztheit allen Staatseigentums zu finden.

Köln und Berlin, im Januar 2017

Otto Depenheuer
Bruno Kahl

Staatseigentum

Legitimation und Grenzen

Depenheuer, O.; Kahl, B. (Hrsg.)

2017, XII, 360 S. 7 Abb., 6 Abb. in Farbe., Hardcover

ISBN: 978-3-662-54307-8